

Der Patient zahlt mit

Zweite Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes in der Schweiz: Kontrahierungszwang bleibt

BERN: Die Krankenkassen und Kantone sollen die Vergütung der obligatorischen Leistungen bei einem Spitalaufenthalt je zur Hälfte teilen. Das plant der Bundesrat in der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes. Der Kontrahierungszwang bleibt.

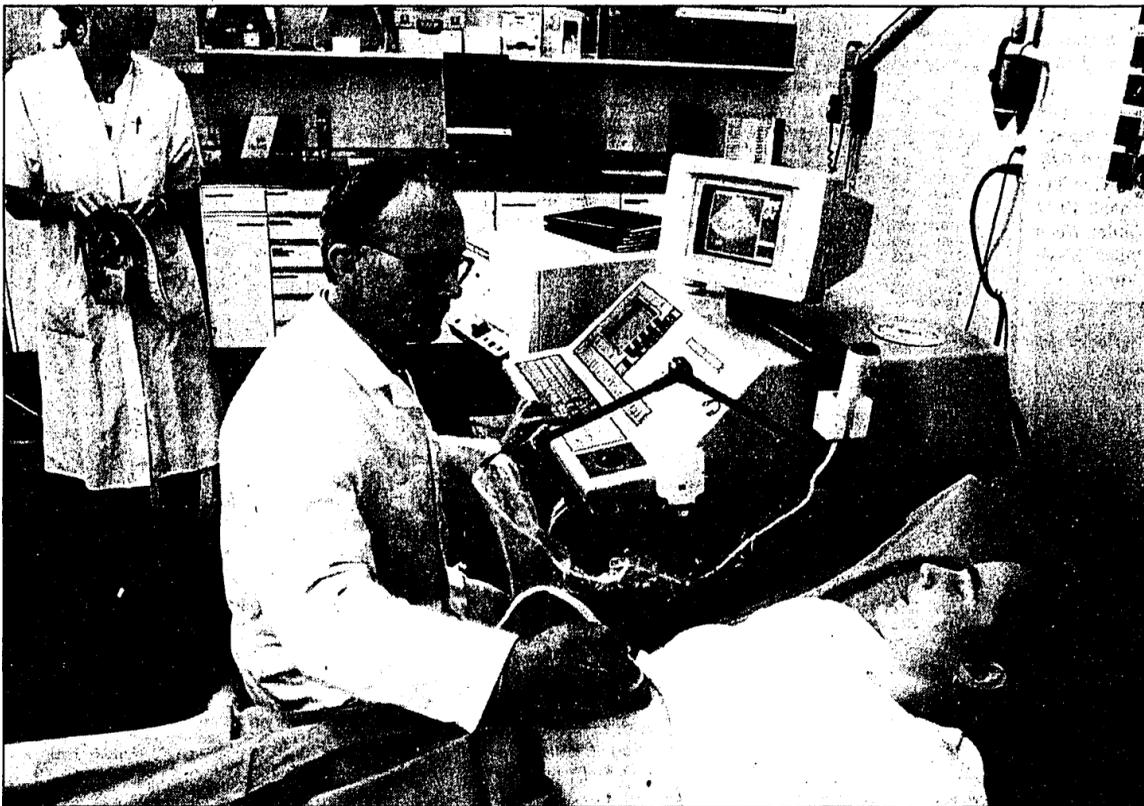
Gemäss der am Montag zu Händen des Parlaments verabschiedeten Botschaft zur zweiten KVG-Teilrevision soll die Kostenteilung für jene Spitäler gelten, die auf der Spitalliste des Wohnkantons der versicherten Person aufgeführt sind. Sie soll Anwendung finden für alle Versicherten, unabhängig von deren Versicherungsdeckung.

Erhebliche Mehrkosten für Kantone

Zwar hätten die Reformen kurzfristig erhebliche Mehrkosten für die Kantone zur Folge, sagte Bundesrätin Ruth Dreifuss vor den Medien. Längerfristig sei dadurch aber eine kosteneindämmende Wirkung zu erwarten. Es handle sich hier um eine ernsthaft dauerhafte Lösung für die Spitalfinanzierung, die auch mehr Transparenz bringe.

Der Anteil der Kantone an der Finanzierung der Spitäler sei seit Anfang der 90er-Jahre rückläufig. Der von den Kantonen finanzierte Anteil sei von 35,5 Prozent 1991 auf 29,7 Prozent 1998 gesunken. Damit hätten die öffentlichen Haushalte 1998 Ausgaben von rund 1,4 Milliarden Franken an der Finanzierung der Spitäler vermieden.

Mit der vorliegenden Teilrevision soll diesem schleichenden Rückzug der öffentlichen Hand aus der Spitalfinanzierung



Eine Patientin wird in einem Zürcher Spital in der Bauchgegend mit Ultra-Schall untersucht, aufgenommen im Januar 1996. Die Krankenkassen und Kantone sollen sich die Vergütung der obligatorischen Leistungen bei einem Spitalaufenthalt je zur Hälfte teilen, wurde am 18. September 2000 mitgeteilt. Dies plant der Bundesrat in der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes. Der Kontrahierungszwang bleibt den Schweizer PatientInnen erhalten - vorläufig ... (Bild: Keystone)

Einhalten geboten werden, um eine weitergehende Verlagerung der Finanzlast auf die Krankenversicherung und die damit verbundene Erhöhung der Kopfprämien zu verhindern.

Gesamtkosten eindämmen

Aus diesem Grund schlägt der Bundesrat den Wechsel zu einem System mit je hälftigen Finanzierungsanteilen vor. Im Zentrum soll nicht mehr die Verschiebung der Kosten auf die anderen beteiligten Partner,

sondern die Eindämmung der Gesamtkosten stehen. Die Teilrevision rückt vollständig vom Prinzip der Kostendeckung ab und geht zur Finanzierung von Leistungen über. Alle im Spital erbrachten Leistungen werden dem gleichen Finanzierungsregime unterstellt. Gleichzeitig wird die Planungspflicht der Kantone vom stationären auf den teilstationären Bereich ausgeweitet.

Verzichtet hat der Bundesrat auf eine Aufhebung des Kontrahierungszwangs zwischen Versicherern und Ärzten. Die

Krankenversicherer werden nicht von ihrer Pflicht befreit, mit allen Leistungserbringern im ambulanten Bereich zusammenzuarbeiten.

Keine Aufhebung des Kontrahierungszwangs

Aufgrund der in der Vernehmlassung von Beteiligten geäußerten Skepsis und seiner eigenen Bedenken sehe der Bundesrat von einer Aufhebung des Kontrahierungszwangs ab, sagte Dreifuss. Er schlägt aber vor, den Kontrahierungszwang für jene Ärzte

und Ärztinnen aufzuheben, welche das 65. Altersjahr überschritten haben.

Mit der Entwicklung Schritt halten

Diese für viele unangenehme Teilaufhebung des Kontrahierungszwangs rechtfertige sich, weil mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit zunehme, dass ein Arzt nicht mehr mit der medizinischen Entwicklung Schritt halten könne und damit die Qualität der Leistungserbringung gefährdet werden könnte.

Dresdner Bank übernimmt US-Investmentbank Wasserstein

Drei Milliarden Mark wechseln den Besitzer

FRANKFURT: Für rund drei Milliarden Mark übernimmt die Dresdner Bank die US-Investmentbank Wasserstein Perella. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 18. September unterzeichnet, wie das Bankhaus am Montag in Frankfurt am Main mitteilte. Damit stärkt das Kreditinstitut sein Investmentbank-Geschäft und verschafft sich Zutritt zu dem lukrativen US-Markt. Ziel sei, durch die Zusammenführung mit der Dresdner Kleinwort Benson eine erstklassige Investmentbank zu schaffen, die künftig Dresdner Kleinwort Wasserstein heissen werde.

Dresdner-Bank-Chef Bernd Fahrholz erklärte, die Transaktion, mit der eine starke Position im US-Geschäft bei der Beratung von Firmenfusionen und -übernahmen, den so genannten Mergers & Acquisitions, aufgebaut werde, verbessere nachhaltig das globale Profil im Investmentbanking, auch in Europa. Dresdner Kleinwort Benson und Wasserstein Perella passten perfekt zueinander. Wasserstein Perella sei eine renommierte US-Investment-

bank, die im Merger&Akquisition-Geschäft in den USA über eine führende Marktstellung und eine starke internationale Position verfüge. Das Unternehmen beschäftige mehr als 550 Mitarbeiter in sechs Büros in den USA und an Finanzplätzen in Europa. Für dieses Jahr erwarte das Unternehmen mit Erträgen von rund 400 Millionen Dollar (etwa 915 Millionen Mark) das beste Geschäftsjahr in seiner Geschichte. In der Vergangenheit habe das jährliche Ertragswachstum rund 30 Prozent betragen. Unter anderem beriet Wasserstein Perella Time Warner im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot von AOL. Dresdner Kleinwort Benson lag den Angaben zufolge im ersten Halbjahr gemessen am Transaktionsvolumen auf Platz sieben bei der Beratung europäischer Merger & Acquisitions. Unter anderem beriet die Investmentbank die Deutsche Telekom bei ihrem Angebot für Voicestream.

Gemeinsam hätten die Unternehmen in den ersten acht Monaten weltweit den sechsten Platz im Merger & Acquisitions-Geschäft eingenommen mit ei-

nem Transaktionsvolumen von rund 427 Milliarden Dollar.

Die Aktionäre von Wasserstein Perella sollen den Angaben zufolge 30,5 Millionen Stück neuer Dresdner Bank-Aktien erhalten. Dies entspreche auf Basis eines Zehn-Tage Kursdurchschnitts einem Kaufpreis in Höhe von 1,369 Milliarden Dollar (1,569 Milliarden Euro, 3,13 Milliarden Mark).

US-Kaffee in der Schweiz

ZÜRICH: Der amerikanische Kaffee-Gigant Starbucks will über die Schweiz in den kontinental-europäischen Markt eindringen. Mit der zur bonappetit-Gruppe gehörenden Passagio soll ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet werden. Am neuen Unternehmen werde Passagio die Mehrheit halten, teilten die beiden Gruppen am Montag mit. Gemeinsam wollen die beiden Partner Starbucks in der Schweiz einführen. Die erste Eröffnung sei Anfang 2001 in Zürich geplant, heisst es.

Heisse Schlacht um den Koreaner

Drei Mega-Konzerne buhlen um Daewoo

STUTTGART: Nach der Absage des US-Autobauers Ford ist das Rennen um die hochverschuldete südkoreanische Daewoo Motor wieder eröffnet. Die Gläubigerbanken starteten am Montag in Seoul eine neue Bieterrunde.

Dabei wurden die Konsortien DaimlerChrysler und Hyundai sowie General Motors und Fiat zu Angeboten aufgefordert. DaimlerChrysler hatte in der Vergangenheit betont, kein Interesse an einer Übernahme Daewoos als Ganzes zu haben. Hyundai erklärte allerdings, man spreche derzeit darüber, ob man das Angebot erneuern wolle. Auch GM signalisierte Interesse.

Um den Bieterprozess zu beschleunigen, wollen die Gläubigerbanken nach eigenen Angaben die unternehmerische Führung nach der Unterzeichnung einer vorläufigen Vereinbarung so schnell wie möglich übertragen. Die Banken und der Käufer könnten zu einem späteren Zeitpunkt mögliche Differenzen über die Schulden von Daewoo Motors klären. Der Autobauer beziffert seine Schulden auf 18 Milliarden

Dollar (rund 40 Milliarden Mark). Allerdings halten sich Spekulationen, dass die Verschuldung des Unternehmens höher sein könnte. Dies gilt auch als Grund für den Rückzug von Ford. Am vergangenen Freitag hatten südkoreanische Behörden der Daewoo-Gruppe, zu der Daewoo Motors gehört, zudem vorgeworfen, Bücher gefälscht zu haben, um seine Gesamtschulden von 13,6 Milliarden Dollar zu verheimlichen.

Ford verletzte den üblichen «Benimm»

Ford hatte in der ersten Runde des Bieterverfahrens im Juni DaimlerChrysler und seinen Partner Hyundai sowie die Gemeinschaftsofferte von General Motors und Fiat ausgestochen, dann aber in letzter Minute sein Angebot zurückgezogen mit der Begründung, es habe keine Möglichkeit für ein Angebot gegeben, das sowohl im Interesse von Daewoo Motors als auch von Ford sei. Die Gläubigerbanken warfen Ford eine Verletzung des international üblichen Geschäftsverhaltens vor. Es sei enttäuschend und bedauerlich, dass Ford ausgestiegen sei, hiess es.

NACHRICHTEN

Roth neuer Nationalbankpräsident

BERN: Der neue Nationalbankpräsident heisst Jean-Pierre Roth und nicht Bruno Gehrig. Der Bundesrat wählte am Montag völlig überraschend den amtierenden Vizepräsidenten zum Nachfolger des Ende Jahr in Pension gehenden Hans Meyer. Neues drittes Mitglied der SNB-Spitze wird erwartungsgemäss Niklaus Blattner. Nach einem wochenlangen Gerangel, bei dem es hinter den Kulissen vor allem um Parteiinteressen ging, setzte der Bundesrat am Montag einen von niemandem erwarteten Schlusspunkt unter das Traktandum Nationalbankwahlen. Nicht die bisherige Nummer 3 im Führungsgremium der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Bruno Gehrig, machte das Rennen um die Nachfolge von Hans Meyer als oberstem Währungshüter.

Syscontrol wird Sysformance AG

ZÜRICH: Der Schweizer Internet Performance- und Monitoring-Spezialist Syscontrol AG hat sich diese Woche in Sysformance AG umbenannt. Der Auslöser war eine von der deutschen SysControl GmbH in Köln im Juni 2000 erwirkte einstweilige Verfügung. Diese verbietet der Schweizer Syscontrol AG unter anderem, mit der Domain «www.syscontrol.com» im Internet aufzutreten. Und das, obwohl Syscontrol in der Schweiz und in anderen Ländern eine geschützte Marke der heutigen Sysformance AG ist. Das Echo auf die Berichte betreffend des «Domainstreits» in den Medien war enorm gross. Es war eine grosse Unsicherheit festzustellen, was die Rechtslage betreffend der Domainnamen anbelangt. Der Geschäftsführer der Sysformance AG, Simon Poole, meinte hierzu: «Natürlich wäre es sehr interessant gewesen, die Sache durchzufechten. Aber unserer Firma hätte das ausser hohen Kosten kaum etwas gebracht. Wir haben uns daher für einen neuen Namen entschlossen, um im deutschen Markt endlich freie Hand zu haben. So lösen wir die Problematik zumindest für uns am besten. Die deutsche Syscontrol GmbH wird jedoch ausserhalb von Deutschland mit dem Namen weiterhin nicht tätig sein können.»

Leichter Preis-Rückgang

WIEN: Der Preis für Öl der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) ist zurückgegangen. Ein Barrel (159 Liter) habe in der letzten Woche 31,48 Dollar nach 32,88 Dollar in der Woche zuvor gekostet, berichtete das OPEC-Sekretariat am Montag in Wien. Im letzten Jahr hatten für diese Menge nur 17,47 Dollar gezahlt werden müssen. Das Kartell strebt einen Richtpreis zwischen 22 und 28 Dollar an. Die OPEC produziert deutlich mehr Öl als von ihr als Höchstmenge festgelegt wurde.